



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

43. Sitzung (öffentlich)

11. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:40 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Aktuelle Viertelstunde | 7 |
| | <p><u>Thema:</u> „Wie kann NRW bei Bundeswettbewerben wieder besser abschneiden?“</p> <p>auf Antrag der Fraktion der SPD</p> <p style="padding-left: 40px;">Der Stellungnahme von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie) schließt sich eine Diskussion an.</p> | |
| 2 | Gespräch mit dem Sprecher der Institute der Titelgruppe 73, Herrn Dr. Peter Waldow (IMST GmbH) | 13 |
| | <p><u>In Verbindung mit:</u></p> <p>Erfolg gehört belohnt und nicht bestraft – Institute der Titelgruppe 73 in ihrer Eigenständigkeit erhalten –</p> | |

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6680

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit den Vertretern der Institute der Titelgruppe 73.

Den SPD-Antrag Drucksache 14/6680 lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

3 Gespräch mit Vertreter/-innen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLB) 33

In Verbindung mit:

Mehr Studierende brauchen mehr studentischen Wohnraum – Ausbau von studentischem Wohnraum und energetisches Sanierungsprogramm koppeln –

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6951

Und:

Bauliche Zustände an den Hochschulen

Vorlage 14/1866

Im Hinblick darauf, dass entgegen der Ankündigung in der Tagesordnung keine Vertreter des BLB anwesend sind, verständigt sich der Ausschuss auf Bitte der SPD-Fraktion nach einer kurzen Aussprache darauf, die inhaltliche Diskussion über den Tagesordnungspunkt zu verschieben.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

Haushaltswurf 2009 – Erläuterungsband zum Einzelplan 06

Vorlagen 14/2017 und 14/2031

Der Ausschuss hört den Einführungsbericht von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) zum Haushalt 2009 – Einzelplan 06.

5 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes NRW und anderer hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulratskorrekturgesetz – HRKG) 38

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4804

Ausschussprotokoll 14/691

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion und Abwesenheit der FDP-Fraktion ab.

6 Information der Landesregierung über die Perspektiven des Hochschulsports und die Infrastruktur hierfür in Nordrhein-Westfalen 40

Vorlagen 14/981, 14/982, 14/1248 und 14/2054

– Information durch Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT)

7 Patentanmeldung – Patentverwertung – Patentmanagement: Strukturen gezielt weiterentwickeln und so den Innovationsstandort NRW stärken 43

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6528

Vorlage 14/1967

– Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

- 8 Freiheit und Verantwortung sind keine Gegensätze – Landesregierung muss Landtag über Personalentwicklung und Wahrnehmung der Lehrverpflichtungen an unseren Hochschulen informieren –** 44

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6948

– Diskussion

- 9 Zugang zu Prüfungen während einer Beurlaubung aufgrund von Familienarbeit ermöglichen** 46

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6864

Als Tischvorlage liegt ein gemeinsamer Antrag aller vier Fraktionen (*siehe Übersicht 40 mit Drucksache 14/7463 vom 15. September 2008*) zur Beratung vor.

Der Ausschuss stimmt dem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen einstimmig zu.

- 10 Qualität der Lehre verbessern – Hochschuldidaktik stärken** 47

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6960

– vertagt im Hinblick auf die geplante Hinzuziehung von Sachverständigen –

- 11 Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008, zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulzulassungsreformgesetz)** 47

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7318

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion eine Anhörung.

12 Mehr Chancen für mehr Bildung für mehr Zukunft – Sinkende Studierneigung führt zu steigendem Fachkräftemangel – 51

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7352

Auf die Bitte der SPD wird der Antrag in die Anhörung zum Thema Fachkräftemangel am 30. Oktober 2008 einbezogen.

* * *

10 Qualität der Lehre verbessern – Hochschuldidaktik stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6960

– vertagt im Hinblick auf die geplante Hinzuziehung von
Sachverständigen –

11 Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008, zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulzulassungsreformgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7318

Vorsitzender Ewald Groth teilt mit, der Gesetzentwurf sei in der Plenarsitzung am 27. August 2008 an den Ausschuss überwiesen worden. Er rege an, in dieser Sitzung nur eine Abstimmung über das Beratungsverfahren vorzunehmen.

Karl Schultheis (SPD) führt aus, die SPD-Fraktion habe über lange Zeit gefordert, dass die ZVS in eine Servicestelle umgewandelt werde, wobei natürlich erforderlich sei, dass sich möglichst viele Bundesländer an dieser Servicestelle beteiligten.

Die Landesregierung lege ein Artikelgesetz vor. Im Huckepackverfahren solle eine Regelung getroffen werden, dass die Professorengehälter unabhängig von einer grundsätzlichen Regelung, die für alle Professoren gelte, frei aushandelbar seien. Die SPD vertrete die Meinung, dass diese beiden Sachverhalte inhaltlich nicht zusammengehörten.

Die SPD wolle der Einrichtung der ZVS als Servicestelle der Länder selbstverständlich zustimmen und fordere die Landesregierung daher auf, dieses Gesetz in einer abgewandelten Version vorzulegen. Das bedeute nach der Geschäftsordnung, es müsse ein eigener Gesetzentwurf zur Regelung der Frage frei aushandelbarer Professorengehälter vorgelegt werden und dieser Teil aus dem Artikelgesetz entfernt werden. Damit wäre das Gesetz für seine Fraktion zustimmungsfähig.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) teilt die Auffassung, dass diese beiden Sachverhalte nicht miteinander verquickt werden könnten. Sie fordere dringend dazu auf, eine Lösung zu finden, wie beides separat behandelt und abgestimmt werden könne. Dem eigent-

lichen Entwurf zur Umstrukturierung der ZVS stimme ihre Fraktion natürlich zu, aber nur unter der Voraussetzung einer Aufsplitterung beider Sachverhalte.

Ihn überrasche, so **Manfred Kuhmichel (CDU)**, dass Herr Schultheis die Servicestelle begrüße. Das habe die SPD doch jahrelang strikt abgelehnt. Die SPD habe die ZVS in ihrer Monopolstellung der staatlichen Studienplatzvergabe immer erhalten wollen. Die CDU habe dagegen seit 1995 für die Neuordnung des Hochschulzugangs geworben, unter anderem auch für die Umwandlung der ZVS in eine Servicestelle. Über die jetzige Entwicklung freue er sich. Die SPD könne dieser Idee beitreten, aber Herr Schultheis sollte hier nicht den Eindruck erwecken, die SPD habe das immer schon so gefordert. Die SPD habe die ZVS immer in der altbekannten Form erhalten wollen.

Christian Lindner (FDP) bittet Herrn Schultheis und Frau Dr. Seidl, nicht zu übersehen, dass die FDP immer schon die Position vertreten habe, dass die Hochschulen ein Selbstauswahlrecht und die Studierenden nach Möglichkeit Freizügigkeit erhalten sollten. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, die ZVS zu einer Serviceinstitution weiterzuentwickeln.

Die Frage sei, ob SPD und Grüne die Prämissen teilten, dass den Hochschulen ein Selbstauswahlrecht eingeräumt werde und die Studierenden Freizügigkeit erhalten sollten. Er habe die Auffassung von SPD und Grünen in der Vergangenheit anders wahrgenommen. Sie hätten die ZVS als ein dirigistisches Verteilungsinstrument hoheitlicher Natur einsetzen und erhalten wollen.

Er halte es für ein normales technisches Vorgehen, hier einen solchen Omnibusgesetzentwurf vorzulegen, der in seinen Artikeln unterschiedliche Dinge regle. Der Opposition stehe es frei zu beantragen – dem stünde auch nichts entgegen –, über die einzelnen Artikel separat abzustimmen, um ihren politischen Willen zu untermauern. Er sehe aber nicht, dass es notwendig oder sinnvoll wäre, dieses Artikelgesetz zu trennen. Die FDP habe das dringende Interesse, die Möglichkeiten der differenzierten Bezahlung der Hochschullehrer rasch in die Praxis zu bringen. Das sei ein wichtiger Standortvorteil für Nordrhein-Westfalen. Die FDP wolle den nicht verzögert sehen.

Ausgerechnet Herr Kuhmichel müsse sich jetzt als Retter der ZVS aufspielen, so **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)**. Während der gesamten letzten Legislaturperiode hätten sowohl die CDU als auch die FDP permanent Anträge eingebracht, die die Abschaffung der ZVS zum Inhalt gehabt hätten. Sie könne gern aus den damaligen Anträgen zum Haushalt zitieren. CDU und FDP hätten beantragt, die Mittel für die ZVS komplett zu streichen. Sie zitiere:

Die ZVS steht echter Autonomie und wirklichem Wettbewerb der Hochschulen entgegen. Die Hochschulen müssen selbst die Auswahl ihrer Studierenden treffen können. Umgekehrt müssen alle Studierenden in der Lage sein, an die Hochschulen ihrer Wahl zu gehen.

CDU und FDP hätten nie von einer Umstrukturierung gesprochen, sondern immer von einer Abschaffung.

2005 – noch in der letzten Legislaturperiode – habe die jetzige Umstrukturierung begonnen. Schon im November 2005 habe die Amtschefkonferenz der KMK einen Beschluss für eine entsprechende Reform der ZVS gefasst. Sie wisse das noch genau, weil die Grünen als Teil der rot-grünen Landesregierung das damals selbst vorher mit besprochen hätten. Die vorherige Landesregierung habe diesen Prozess auf den Weg gebracht, während CDU und FDP die ZVS hätten abschaffen wollen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) legt dar, die Anzahl der Orts-NC-Studiengänge habe 1995 noch bei 82 gelegen. Im Jahr 2000 habe die Zahl mit 145 fast schon doppelt so hoch gelegen. Im Jahr 2005 sei schon die Zahl von 470 erreicht worden. Die ursprüngliche Zahl habe sich mehr als verfünffacht. Dennoch seien die notwendigen Maßnahmen in dieser Zeit nicht ergriffen worden. Das müsse einfach konstatiert werden.

Die Landesregierung habe sich an die Arbeit gemacht. Das sei mühselig in einem föderalen System. Das habe auch viel mit Verantwortungswahrnehmung für die Einrichtung ZVS in Nordrhein-Westfalen zu tun. Zahlreiche Mitarbeiter der ZVS befänden sich im Beamtenverhältnis.

Die Landesregierung habe im Benehmen mit den anderen Ländern eine Lösung erarbeiten müssen, die faktisch die ZVS auflöse, aber auch etwas Neues aufbaue, sozialverträgliche Regelungen vorsehe, gerade auch für die Beschäftigten, worauf er ausdrücklich Wert lege, und gewährleiste, möglichst schnell in die Arbeitsfähigkeit zu kommen und Akzeptanz zu finden.

Eine Servicestelle sei eben keine staatlich vorgegebene Administration, sondern eine von den Hochschulen getragene und von den Hochschulen auch in Anspruch zu nehmende. Dann müsse auch kräftig dafür geworben werden. Man habe lange bei der HRK dafür geworben, die diesen Weg jetzt glücklicherweise mitgehen wolle.

Das sei der gesetzgeberische Weg. Jetzt stehe noch der Umsetzungsweg an. Man wolle so schnell wie möglich die Bedingungen verändern. Daran werde sehr hart gearbeitet. Er sei dankbar, wenn der Landtag das begleite, damit das so schnell wie möglich umgesetzt werden könne.

Er wolle das Verfahren nicht verkomplizieren oder es dem einen oder anderen unangenehmer machen, sich für ein Omnibusgesetz zu entscheiden. Aber um das gemeinsame Anliegen aller Fraktionen „Zugang zu Prüfungen während einer Beurlaubung aufgrund von Familienarbeit ermöglichen“ möglichst schnell umzusetzen, sei die eigentliche Idee der Landesregierung gewesen, dem Hohen Haus eine Formulierungshilfe zu unterbreiten, die das Parlament etwa mit dem Hochschulzulassungsreformgesetz als zeitnächstem realisieren könnte. Dann würde es im Rahmen dieses Gesetzentwurfes mit erledigt werden können. Er meine, das wäre im Sinne der vier Fraktionen.

Karl Schultheis (SPD) sagt zu, dass seine Fraktion dieses Lockangebot überdenken werde.

Ein Omnibusverfahren sei zwar gesetzestechnisch möglich, aber die Frage sei, ob es auch politisch klug sei. Er meine, dass das Parlament insgesamt dem neuen Hochschulzulassungsmodell zustimmen sollte. Deshalb appelliere er an die Landesregierung, die beiden für ihn aus unverständlichen Gründen verquickten Sachverhalte zu trennen. Ob die Frage der frei aushandelbaren Professorengehälter ein oder zwei Monate später im Landtag behandelt werde, störe die Umsetzung nicht. Das neue Hochschulzulassungsrecht nicht zeitnah umzusetzen, schade dagegen. Das wolle die SPD nicht. Er meine, das stünde dem Parlament gut zu Gesicht, Gemeinsamkeiten der Fraktionen auch nach außen darzustellen.

Er beantrage eine Anhörung zum Thema.

Der **Ausschuss** beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion eine Anhörung.